

**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 12. Juli 2010**
in der Gemeindehalle in Kaisersbach

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

80 Kreisrätinnen und Kreisräte: Ellwanger (bis 16:25 Uhr), Fazio (ab 14:45 Uhr),
Müller (ab 14:50 Uhr), Rathgeb (ab 14:50), A. Ulrich
(bis 16:25 Uhr)

Entschuldigt: Hägele, Hinderer, Hofer, Möhlmann, Payr, R. Ulrich,
Wilhelm

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich
Kreiskämmerer Geißler
Regierungsdirektor Hagmann
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Hr. Kiesel, Fr. Bayer, Rödl & Partner (Top 3)
Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken (Top 4 u. 6)
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft (Top 6)
Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises
Gäste
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 16:30 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:35 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 16:50 Uhr

§ 1

Verabschiedung des Schulentwicklungsplans II für die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises (Drucksache 39/2010-VSKA21.06.2010)

Landrat Fuchs verweist auf die Beratung zugrunde liegenden Drucksachen und führt einleitend aus:

„Meine Damen und Herren,
verehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,

7 Jahre nach dem 1. Schulentwicklungsplan legen wir Ihnen heute den Schulentwicklungsplan II für unsere Beruflichen Schulen vor.

Wir selbst erfahren es immer wieder: Die heutige Lern- und Berufswelt und damit die Anforderungen an die Beruflichen Schulen ändern sich immer schneller. Der britische Komponist und Philosoph Benjamin Britten hat dies einmal sehr treffend mit folgenden Worten zusammengefasst: *‘Lernen ist wie Rudern gegen den Strom, sobald man damit aufhört treibt man zurück.’*

Dies gilt sowohl für jeden Einzelnen, als auch für diejenigen, die für das Lernen und sein Umfeld verantwortlich sind. Eine der wichtigsten Aufgaben des Schulträgers ist es deshalb, auf diese ständigen Herausforderungen zu reagieren und das Angebot der Beruflichen Schulen aktuell und vor allem auch zeitgemäß zu erhalten.

Unser Schulentwicklungsplan versteht sich so als Strategiekonzept zur Sicherstellung einer zukunftsorientierten Berufsausbildung im Landkreis und damit auch als Beitrag zur Standortsicherung und Qualifizierung. Mein Kollege, Landrat Eininger, aus Esslingen hat erst kürzlich in der Enquete-Kommission des Landtags zur Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen, der übrigens auch unser Geschäftsführender Schulleiter angehört, dargelegt, dass systematisch angelegte Schulentwicklungsplanungen das wichtigste Element sind um das Spannungsverhältnis zwischen regionalen Bildungszentren und wohnortnaher Beschulung aufzulösen. Diese Prämisse verlangt unterschiedliche Entwicklungen und Strukturen zu reflektieren, was die Erstellung eines derartigen Planes außerordentlich komplex werden lässt. So sind z.B. die Schülerzahlen insgesamt in den 7 Jahren seit Erstellung des letzten Planes um 13 % gestiegen. Bei den einzelnen Berufen gibt es jedoch sehr unterschiedliche Entwicklungen, die Zahl der Industriekaufleute ist z.B. um 7 % gesunken, was die Differenzschere auf immerhin 20 Prozent Schwankungsbreite öffnet. Weiterhin gilt es das Gefüge der einzelnen Standorte zu betrachten, das sich ebenfalls abhängig von den demografischen Begebenheiten, der Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Teilräume und dem unterschiedlichen Angebot

sehr differenziert entwickelt.

Seit dem letzten Schulentwicklungsplan konnten die Schulzentren in Backnang und Schorndorf zeitgemäß und bedarfsgerecht erweitert werden. Die Erweiterung in Waiblingen liegt länger zurück, weshalb dort wegen der gestiegenen Schülerzahlen der Raumbedarf durchaus angespannt ist. Eine abermalige Erweiterung in Waiblingen, nur um jetzt die augenblickliche Spitze der Schülerzahlen abzufedern, ist jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht angezeigt.

Vielmehr ist es eine wichtige Aufgabe des Schulentwicklungsplanes, durch sinnvolle Verlagerungen von Waiblingen weg, dort Luft für neue Schularten zu schaffen, die zur Abrundung des Profils und als Gegengewicht zu Stuttgart dringend benötigt werden. Gleichzeitig sollen jedoch auch die Standorte Schorndorf und Backnang zusätzlich zu den Verlagerungen durch neue Angebote weiter entwickelt werden.

Gerade das Sozialwissenschaftliche Gymnasium halte ich für den Raum Backnang und den ganzen Rems-Murr-Kreis für eine große Chance. Betont doch auch der kürzlich erschienene Bildungsbericht für Deutschland, dass angesichts des demografischen Wandels die Nachwuchsgewinnung für die Gesundheits- und Sozialberufe eine der zentralen Bildungsaufgaben der nächsten Jahre ist. Ein allen Seiten gerecht werdender Schulentwicklungsplan ist eine nur schwer zu lösende Aufgabe. Auch der Planungsprozess für die Fortschreibung des Plans hat anfangs kontroverse Diskussionen ausgelöst.

In ausführlichen Gesprächen und Abwägungen haben wir jedoch, so glaube ich, eine ausgewogene und allen drei Zentren dienliche Lösung gefunden, die in der letzten Arbeitsgruppensitzung im März 2010 mit Vertretern der Kreistagsfraktionen, der Kammern, des Gesamtelternbeirats und allen Schulleitern einstimmig und im Konsens verabschiedet wurde. Sie beinhaltet, nachdem 2002 die Gewerblichen und Hauswirtschaftlichen Berufsschulen neu geordnet worden sind, nun eine Neustrukturierung der Kaufmännischen Berufsschulen und eine Neueinrichtung von etlichen attraktiven Vollzeitschulen im höherwertigen Bereich. Darüber hinaus werden die Weichen gestellt für einen bedarfsgerechten Ressourceneinsatz bei der anstehenden Kooperation der Beruflichen Schulen mit den Werkrealschulen.

Die vorgeschlagenen Strukturänderungen wollen pädagogische Kompetenz durch Ausbau der Profile sinnvoll bündeln. Auf die einzelnen Elemente wird nun Herr Dr. Vogt eingehen.

Mir ist es ein herzliches Anliegen, nochmals all denen Dank zu sagen, die sich engagiert und mit

Sachkunde in diesen Planungsprozess eingebracht haben. Es war ein dialogorientiertes Verfahren, in das wir alle Betroffenen und Beteiligten mit eingebunden haben, so dass ich heute zu behaupten in der Lage bin, dass dieser Schulentwicklungsplan auch für die nächsten acht Jahre das Rückgrat und die Roadmap darstellen wird für das, was wir für unsere Bildung, in der Trägerschaft des Rems-Murr-Kreises und damit auch für die Sicherung unseres Standortes beabsichtigen.

In diesem Sinne gilt abschließend mein Dank all denen die tatkräftig an diesem Planwerk mitgewirkt haben.

Vielen Dank.“

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Maßnahmenbündel des Schulentwicklungsplans, wie in der Drucksache 39/2010 dargestellt, anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er stellt die Neuordnung der Kaufmännischen Schulen sowie die Neueinrichtung von Schularten im höher qualifizierenden Bereich vor und weist darauf hin, dass 1/3 aller Abiturzeugnisse an den Beruflichen Gymnasien, mit steigender Tendenz, absolviert würden. Ergänzende Maßnahmen würden bei den z.B. Berufsfachschulen erfolgen. So werde für die künftige Kooperation mit der neuen Werkrealschule eine breitere Auswahl an Berufsprofilen geschaffen. Außerdem sei ein Duales Berufskolleg für Gesundheitsberufe geplant. Kreisrat Haussmann habe gebeten zu prüfen, ob den Auszubildenden zu Industriekaufleuten aus Kernen ermöglicht werden könne, die Berufsschule in Schorndorf statt in Backnang zu besuchen. Dem könne man nachkommen. Außerdem macht Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt auf den konkretisierten Beschlussvorschlag Ziff. 7 aufmerksam.

Kreisrat Hug führt für die CDU-Fraktion aus:

„Herr Landrat,
werte Kolleginnen, werte Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit dem Schulentwicklungsplan II planen wir die Zukunft unserer Beruflichen Schulen für die Zeit nach 2010. Vieles hat sich, seitdem wir den Schulentwicklungsplan I beraten und umgesetzt haben, verändert. Neue Berufszweige haben sich entwickelt, die Ausbildung muss sich anpassen, Anforder-

rungen an Bildungsinhalte haben sich verändert, Nachfragen aus der Wirtschaft und der Bevölkerung haben sich modifizierend entwickelt und nicht zuletzt müssen wir auch auf die demografische Entwicklung eine Antwort finden. Wir dürfen diesen Entwicklungen nicht freien Lauf lassen, sondern wir müssen sie lenken, damit nicht Fehlentwicklungen eintreten, die wir alle nicht wollen. Der Schulentwicklungsplan II trägt, soweit wir das beurteilen können, diesen neuen Entwicklungen Rechnung und setzt neue Akzente. Allen, die an dieser Planung beteiligt waren, in Verwaltung und Schule, insbesondere den beiden Protagonisten Herrn Dr. Vogt und Herrn Kluge, mit allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen Schulleiterinnen und Schulleitern, sage ich namens unserer Fraktion herzlichen Dank und spreche hohe Anerkennung für das gelungene Werk aus.

Zwei für uns wichtige Feststellungen möchte ich meinen weiteren Ausführungen voranstellen:

1. Das sich über Jahrzehnte im Rems-Murr-Kreis entwickelte Berufliche Schulwesen braucht sich hinter den Angeboten in anderen Landkreisen nicht zu verstecken. Wir verfügen über ein breit gefächertes und differenziertes Bildungsangebot. Wir bieten über 50 verschiedene Schularten und Ausbildungsgänge auf hohem Niveau an und haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Zigmillionen in den Ausbau unserer Berufsschulen gesteckt. Das Berufliche Schulwesen ist eine unserer zentralen Aufgaben und wird es bleiben.
2. Wir bekennen uns zu den gewachsenen drei Standorten in Backnang, Schorndorf und Waiblingen. Sie müssen gleichwertig weiterentwickelt werden.

Die Informationen, die wir in einer Klausurtagung des Kreistages erhalten haben, die uns vorliegende Drucksache 39/2010 und die Vorberatung in der Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kultur Ausschusses sowie die Beratungen in den Fraktionen bieten für uns eine ausreichende Grundlage für die heutige Beratung und Entscheidung.

Unsere Fraktion wird dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und der Empfehlung des VSKA uneingeschränkt zustimmen. Das gilt auch für die Änderungen, die soeben von Herrn Dr. Vogt vorgebracht wurden. Im Übrigen halte ich es nicht für erforderlich, nochmals auf alle Details einzugehen, denn diese haben wir gerade von Herrn Landrat Fuchs und von Herrn Dr. Vogt gehört. Namens unserer Fraktion will ich nur ein paar Punkte hervorheben:

1. Es ist höchst erfreulich, dass bereits mit Beginn des Schuljahres 2010/2011 das Berufliche Gymnasium der sozialwissenschaftlichen Richtung seinen Betrieb an der Anna-Haag-Schule in

Backnang aufnehmen wird und dass dafür eine mehr als ausreichende Nachfrage von Schülern vorhanden ist.

2. Den geplanten neuen Schularten und Ausbildungsgängen und deren Zuordnung zu den einzelnen Berufschulzentren stimmen wir zu.
3. Zusammen mit der Verwaltung und den Schulen setzen wir uns für das innovative Projekt eines Beruflichen Gymnasiums der 6-jährigen Aufbauform wirtschaftswissenschaftlicher Richtung an der Johann-Philipp-Palm-Schule in Schorndorf und für ein einjähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife der hauswirtschaftlichen Richtung an der Maria-Merian-Schule in Waiblingen ein. Wir bitten die Kultusbehörden, ihre derzeitige ablehnende Haltung nochmals zu überdenken.
4. Ebenso setzen wir uns für zweijährige Berufsfachschulen für Körperpflege in Waiblingen, für Farbtechnik und Raumgestaltung in Backnang und für Bautechnik in Schorndorf ein
5. Die vorgeschlagenen Abstimmungsgespräche für die Schulentwicklung in der Region Stuttgart befürworten wir. Es ist wichtig, dass wir über unseren eigenen Kirchturm hinausschauen und auch die Entwicklung in der Region im Auge haben.

Lassen sich mich bitte noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen, resultierend aus unserer Aufgabenstellung, aber auch darüber hinaus.

Letztlich geht es bei all unserem Tun, so auch beim Schulentwicklungsplan II, um die Zukunftschancen unserer Kinder, die wir noch mehr in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen müssen. Hinter den Zahlen und Fakten steht, dass wir den Kindern und Jugendlichen das Gefühl vermitteln, dass jedes und jeder von ihnen den gleichen Wert hat und das Gefühl haben darf, Du wirst gebraucht. Das ergibt sich, so hat das jüngst der Generalsekretär der Bundes-CDU ausgedrückt, aus einem christlichen Bild vom Menschen. D.h. nicht nur, dass wir den Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildungsmöglichkeiten eröffnen, sondern dass wir ihnen anschließend auch Ausbildung und Arbeit geben. Schlimm ist es dann, wenn junge Menschen erfahren müssen, dass man sie trotz aller persönlichen Anstrengung in Schule und Ausbildung nicht braucht. Gute Bildung und Ausbildung und Erfolg im Beruf stärken die Persönlichkeit und das Selbstbewusstsein.

Dieses Thema hat nicht nur eine persönlichkeitsbildende Dimension, sondern auch eine gesellschaftliche Dimension. Dass jedes Kind, jeder Jugendliche gebraucht wird, liegt im Interesse unseres Landes. Denn Fachkräftemangel droht schon bald eine ernste Gefahr für Wachstum und Wohlstand zu werden. Heute können wir in der Zeitung lesen, dass nach den Berechnungen der Wirtschaft im Jahr 2020 mehr als 500 000 Fachkräfte in Baden-Württemberg fehlen werden. Somit dürfen wir eigentlich niemand zurücklassen. Die eine Seite der demografischen Entwicklung ist, dass die Zahl der Jugendlichen, die unsere Beruflichen Schulen besuchen werden, in den nächsten Jahren rückläufig sein wird. Das haben wir bei unserer Planung zu berücksichtigen und dies ist auch geschehen. Die andere Seite ist, dass unser Land nur Zukunftschancen hat, wenn eine motivierte, engagierte und gut ausgebildete Generation nachwächst. D.h. für mich weiter, dass wir unsere finanziellen Ressourcen nicht in dem Maß zurückfahren dürfen, wie die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgeht. Wenn weniger Schüler nachwachsen, brauchen wir unter den genannten Gesichtspunkten bei immer weniger an Quantität mehr Qualität.

Unsere Aufgabe, die Aufgabe des Rems-Murr-Kreises und auch des Kreistages ist es, die Rahmenbedingungen für das Berufliche Schulwesen zu setzen, im organisatorischen Bereich, in der Schaffung ausreichender Schulräume, in der Ausstattung unserer Schulen und nicht zuletzt in der Bereitstellung von ausreichend qualifizierten, motivierten und engagierten Lehrkräften. Zwar liegt dieser letztgenannte Bereich nicht in unserem originären Verantwortungsbereich, aber es muss im elementaren Interesse des Schulträgers liegen, dass die Räumlichkeiten mit Leben erfüllt werden und deshalb werden wir auch in der Zukunft, wenn wir einen Bedarf sehen, das Land an seine Verpflichtung zur Gestellung von Lehrkräften in ausreichender Zahl und in ausreichender Qualifikation erinnern. Land und Kreis stehen gemeinsam in der Verantwortung. In der Verantwortung stehen aber auch die zahlreichen Ausbildungsbetriebe, an die wir appellieren, die jeweils notwendige Anzahl von Ausbildungsplätzen bereit zu stellen. Wir wollen auch weiterhin eine gute und vertrauensvolle Kooperation mit unseren Hauptpartnern der Verbände der Wirtschaft, insbesondere mit der IHK und der Handwerkskammer pflegen. Wir dürfen uns glücklich schätzen über diese im Rems-Murr-Kreis funktionierende Kooperation und Zusammenarbeit und möchten uns bei den Verantwortlichen in den Verbänden sehr herzlich bedanken.

Unser Dank gilt auch den Schulleitungen, den Lehrkräften und allen weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte und verdienstvolle Arbeit zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen.

Wenn wir all das getan haben, was unsere Aufgabe ist, zusammen mit den anderen Beteiligten, nämlich die richtigen Rahmenbedingungen für die Arbeit unserer Berufsschulen in all ihren Facetten zu setzen, dann ist aber auch der Bildungswille, der persönliche Einsatz und die Anstrengung der Jugendlichen eine Bringschuld an unsere Gesellschaft. Fördern und Fordern müssen in einem rechten Maß zueinander stehen. Dies alles unterstellt, darf dann nicht dazu führen, dass man die Schuld an dem fehlenden Bildungswillen und an dem fehlenden persönlichen Einsatz der Gesellschaft zuschiebt. Wie gesagt, die Politik muss in Vorleistung gehen, dann kann sie auch die Bringschuld, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, einfordern.

D.h. für mich auch, dass wir die Eltern und Erziehungsberechtigten nicht aus ihrer primären Verantwortung entlassen dürfen. Wo Eltern an dieser Verantwortung scheitern, ist die Gemeinschaft gefordert, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu sichern. Ich spreche nicht von der überaus großen Zahl derer, die ihrer Verantwortung gerecht werden, sondern ich spreche von dem kleineren, aber durchaus signifikanten anderen Teil unserer Gesellschaft.

Das Berufliche Schulwesen ist ein wichtiger Teil unseres Bildungs- und Ausbildungssystem. Wir werden uns dieser Aufgabe weiterhin mit großem Engagement annehmen, fordern aber auch die Bereitschaft jedes Einzelnen ein, Verantwortung zu übernehmen und Engagement zu zeigen. Denn davon lebt letztlich unsere Chancengleichheit in unserem Land.“

Kreisrat Hestler legt für die SPD-Fraktion dar:

Herr Landrat,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Kreisrat soll ich die Interessen der Menschen im Rems-Murr-Kreis vertreten, für eine nachhaltige Entwicklung sorgen, der Verwaltung, wenn nötig auf die Finger klopfen, manchmal auch Bürgeranwalt sein, darauf achten, dass die Steuergelder sinnvoll ausgegeben werden, drauf schauen, dass die Kreisteile sich vergleichbar gut entwickeln und Sorge tragen, dass unsere Kinder, hier in unserer Heimat eine gute Zukunft haben.

Wenn ich alle diese Aufgabenkriterien auf den Schulentwicklungsplan II anwende, kann es nur ein Urteil geben: Do kasch nex saga. Allen Nichtschwaben sei gesagt, dass dies ein Lob ist. Manche sagen sogar, das höchste, das ein Schwabe aussprechen kann. Es ist in der Tat gelungen, eine

echte win-win-win-Situation herzustellen. Offenbar sind alle Beteiligten zufrieden. Alle drei Berufszentren, die Schüler, der Kreiskämmerer und die Wirtschaft. Was will man mehr.

Und diese Zufriedenheit drückt sich dann auch in mails aus, wie dieser:

Wir haben ein BKKFZ, das GMT-Profil, das 2BFKFZ und jetzt noch das 2BFE. Das neue BVJ, das jetzt VAB heißt und das 2BFFR sind im Antrag. Die Wege zur FHRS und HRS werden vielfältiger. Na wenn das so ist, wenn alle gewinnen, dann kann ein KRWT (ein Kreisrat aus dem Weissacher Tal) nichts mehr sagen. Da kasch wirklich nex saga ... nur noch im Namen der SPD-Fraktion erklären, dass wir ein SG, ein BKKII, ein 2BFBT, ein 2BFIE und ein BKGPII gut finden und deshalb dem Schulentwicklungsplan II zustimmen.

Wer die Schwaben kennt, weiß allerdings auch, dass sie nach einem solchen spontanen und empathischen Lob häufig ins Grübeln und Nörgeln kommen.

Mir geht's auch so.

Mir passt es nicht wie die Kultusbehörde die Werkrealschule eingeführt hat. Man legt den Schulen vor Ort ein Ei ins Nest, kümmert sich kaum ums Ausbrüten, zieht sich aus der Erziehung zurück und sagt 'Nun macht mal schön'. Learning by doing ist ein gutes didaktisches Konzept, funktioniert aber im Verwaltungsbereich selten. G 8 läßt grüßen... Dass mit der Werkrealschule Schulstandorte gefährdet werden, dass wir in ein viergliedriges Schulsystem hineinschliddern und ein neues Bildungsproletariat produzieren ... wen kümmert's. Die Hauptschulen und auch die Berufsschulen müssen das Kuckucksei ausbrüten und ausbaden. Ich hoffe, wir sind gerüstet. Wir bekommen es mit jungen Menschen zu tun, die viele Nackenschläge hinter sich haben: Aufnahme in die weiterführende Schule nicht geschafft, Werkrealschule nicht geschafft, Hauptschule nicht geschafft.

Deshalb brauchen wir an allen Schulzentren ein VAB, das Vorqualifizierungsjahr 'Arbeit und Beruf' eine Weiterentwicklung des BVJ und des BEJ. Wir dürfen diese Klientel nicht vernachlässigen. Ich weiß, der 'Schwarze Peter' liegt beim RP und ich möchte dem Land bereits ausdrücklich danken, dass es sich hier eingesetzt hat und ich möchte es bitten am Ball zu bleiben, denn wir brauchen das mittel- und langfristig, dieses VAB, um bei den Kürzeln zu bleiben.

Noch eine zweite Nörgelei will ich loswerden. Auf einer Folie auf Seite 5 der Vorlage wird davon gesprochen, der Stadt Stuttgart Paroli bieten zu können. Und im Punkt 13 der Beschlussempfehlung wird das RP gebeten, regionale Abstimmungsgespräche zu führen. Da passt was nicht zusammen. Paroli bieten kommt aus dem Glückspielmilieu und bedeutet seinen Einsatz zu verdop-

pehn, um zu gewinnen. Was wollen wir eigentlich gewinnen. Noch mehr Schüler? Noch mehr Schüler aus Stuttgart. Was hat ein Bürger hier in Kaisersbach davon, wenn zusätzliche Schüler an unsere Schulzentren kommen? Wahrscheinlich mehr Kosten und Schüler aus Stuttgart, deren Fahrkarte wir mit dem Verkehrslastenausgleich mitfinanzieren. Wir sollten nicht mit Stuttgart um Schüler kämpfen, sondern regionale Angebote über die Kreisgrenzen hinweg machen. Wir müssen schon darüber nachdenken –und dies vermisste ich ein wenig im Schulentwicklungsplan II- wohin wir uns eigentlich entwickeln wollen. Noch mehr Schüler, noch mehr Anbauten? Ich hoffe nicht!

Wir haben mit unseren Berufsschulzentren zwei Aufträge zu erfüllen: Die beruflichen Grundlagen für unsere junge Generation schaffen und einen 2. Bildungsweg anbieten und offen halten. Wir müssen darauf achten, diese 2. Säule nicht zu vernachlässigen. Gerade in Zeiten von G 8 und dem allgemein beklagten Chaos in der bundesdeutschen Bildungslandschaft. Es kann nicht sein, dass wir Bewerber ablehnen müssen, die wohnortnah ihre schulische Ausbildung außerhalb von G 8 machen wollen. Wir haben hier einen Bildungsauftrag. Die Berufsschule wird mehr oder weniger zum G 9-Ersatz. Darauf müssen wir uns einstellen.“

Wir sollten uns jetzt nicht zurücklehnen und uns selbst feiern. Das wäre fatal.

Nur wemma weiß, was man net weiß, weiß ma, ob ma des, was ma net weiß, wissa muß.

Ich wünsche uns allen diesen Drang nach mehr Wissen und eröffne hiermit die Beratungen für den Schulentwicklungsplan III, auf dass dieser noch besser werde als der jetzige.“

Kreisrat Lenk führt für die FDP-FW-Fraktion aus:

„Sehr geehrter, lieber Herr Landrat Fuchs,
liebe Kreistagskolleginnen und -Kollegen,

unsere FDP/FW – Kreistagsfraktion trägt die in der Vorlage 39/2010 en Detail aufgeführten Beschlussempfehlungen mit. Allerdings nicht immer, wie Herr Hestler, aus voller Überzeugung, sondern im einen oder anderen Fall eher ‘der Not gehorchend als dem inneren Triebe’.

Hinsichtlich des Verfahrens selbst ist zunächst die Bereitschaft von Ihnen Herr Landrat Fuchs zu loben, von Anfang an alle Schulen in den Prozess einzubinden und in Person des Herrn Krämer-Mandau auch einen externen Berater mit dem ‘Blick von außen’ hinzuziehen.

Verbesserungsfähig ist dagegen die Einbindung des dualen Partners, sprich der IHK bzw. der Handwerkskammer. Beide wurden erst am Ende des Diskussions- und Entscheidungsprozesses informiert und letztlich mit einem fertigen Konzept konfrontiert.

Aus der Sicht der Kreisverwaltung war und ist es sicher richtig, als Ziel des im Kreistag am 12. Juli zu verabschiedenden Schulentwicklungs-plans II anzustreben, die drei Zentren in Backnang, Schorndorf und Waiblingen ausgewogen weiterzuentwickeln. Dass hier Handlungsbedarf besteht, wird aus der in der Vorlage auf Seite 5 oben abgedruckten ‘Basisüberlegung’ des externen Beraters unmissverständlich klar, wenn er ausführt (ZITAT), ‘dass der Standort Waiblingen räumlich völlig überlastet, der Standort Schorndorf räumlich gut ausgelastet ist und der Standort Backnang Kapazitäten frei hat’. Indirekt heißt das, dass man bei einer ernsthaften Verfolgung des in dieser Basisüberlegung ebenfalls formulierten Ziels, ‘der Stadt Stuttgart bei der Schulentwicklung im beruflichen Schulwesen Paroli zu bieten’, eigentlich die letzten Erweiterungsbauten nicht in Backnang, sondern in Waiblingen hätte vornehmen müssen. Auch dies hat der Gutachter ziemlich deutlich gesagt.

Und weil Herr Hestler das Thema ‘der Stadt Stuttgart Paroli bieten angesprochen hat möchte ich doch noch ein paar Sätze verlieren. Warum sollen wir eigentlich der Stadt Stuttgart alle zukunfts-trächtigen Schularten überlassen und bieten nicht im Rems-Murr-Kreis diese Angebote selbst an?

Das spart übrigens auch Schülerbeförderungskosten.

Und es geht nicht um Stuttgarter Schüler, die wir abwerben wollen in den Rems-Murr-Kreis, sondern es geht in erster Linie darum, dass wir unsere Schüler und unsere Jugendlichen im Rems-Murr-Kreis halten können und ihnen adäquate Angebote machen können. Heute ist die Situation so, dass ein ganz beträchtlicher Teil der jungen Menschen eben dann, wenn es an die beruflichen Schulen geht an Stuttgarter Schulen wechselt.

Insofern meine ich, dass wir uns absolut richtig aufstellen, wenn wir neue Schularten beantragt haben. Einige wurden genehmigt, aber es sind eben auch noch einige darunter, die wir beantragt haben, die bislang nicht genehmigt sind, die aber für die Zukunftsfähigkeit unseres Angebots von großer Bedeutung sind.

Wenn ich dann auf die Ausgangsüberlegung von Herrn Krämer-Mandeu was die Auslastung der drei Zentren anbelangt zurück komme, dann sind wir jetzt gezwungen, Umschichtungen vorzunehmen, die sich nicht immer an der Nachfrage der Schüler, Eltern und Betriebe orientieren, sondern in erster Linie an den vorhandenen unterschiedlich ausgelasteten räumlichen Kapazitäten in unserem Landkreis.

In diesem Zusammenhang, darf ich das wiederholen, was ich schon in meiner Haushaltsrede im November letzten Jahres ausgeführt habe:

'Wir geben angesichts der negativen Erfahrungen bei der letzten Fortschreibung im Jahre 2004 zu bedenken, dass Planungen am 'grünen Tisch' bei deren Konfrontation mit der Realität oft zu ganz anderen als den beabsichtigten und gewünschten Ergebnissen führen, indem sich Schüler eben nicht innerhalb des Rems-Murr-Kreises umlenken lassen, sondern dann den Kreis ganz verlassen und z.B. an Stuttgarter Schulen wechseln.'

So bleibt abzuwarten, ob die jetzt gegen den Willen von Eltern und Betrieben vorgenommenen Verlagerungen z.B. der WG-Poolklasse nach Schorndorf oder der Industrieklassen nach Backnang von den Betroffenen so akzeptiert wird und damit zum gewünschten Ergebnis führt.

Ein weiteres wichtiges Ziel dieses Schulentwicklungsplans II muss es sein, dass wir uns gerade im Blick auf mittelfristig auch in unserem Bereich zurückgehende Schülerzahlen gegen die aus dem Boden schießenden beruflichen Privatschulen aufstellen, wenn wir als Landkreis auch in Zukunft die Nr.1 in Sachen Beruflicher Bildung bleiben wollen. Es muss als Alarmzeichen gewertet werden, wenn z.B. im Raum Waiblingen 75 % aller Schüler, die ein kaufmännisches Berufskolleg besuchen

an Privatschulen gegen Zahlung eines Schulgeldes und nicht an unseren staatlichen beruflichen Schulen beschult werden.

Auf diesem Gebiet sind wir, und das sage ich mit großer Anerkennung, mit den Einrichtungsge-
nehmigungen für ein duales Berufskolleg für Gesundheitsberufe in Schorndorf und für ein Techni-
sches Berufskolleg II, einer 2-jährigen Berufsfachschule für Sozialpflege und mit dem Kaufmänni-
schen Berufskolleg II am Beruflichen Schulzentrum in Waiblingen wichtige Schritte in die richtige
Richtung voran gekommen. Dem muss aber unbedingt noch die Einrichtung eines 1-jährigen, zur
FHSR führenden Berufskollegs der hauswirtschaftlichen Richtung an der Maria-Merian-Schule fol-
gen – da müssen wir ebenso hartnäckig bleiben wie bei dem Ziel, in Schorndorf ein 6-jähriges WG
einzurichten.

Ebenso richtig ist es, im Blick auf die Kooperation mit den neu konzipierten Werkrealschulen das
Ziel zu verfolgen, ab dem Schuljahr 2012/13 drei neue gewerbliche Profile verteilt auf alle drei
Standorte Backnang, Schorndorf und Waiblingen einzurichten.

Dankbar ist unsere FDP/FW-Fraktion, dass es mit der Einrichtung eines Sozialwissenschaftlichen
Gymnasiums in Backnang ab diesem Sommer gelungen ist, diesen attraktiven und zukunftsweisen-
den Bildungsgang auch im Rems-Murr-Kreis anbieten zu können.

FAZIT: Auch wenn nach Auffassung unserer FDP/FW-Fraktion die 'Kundenorientierung' im einen
oder anderen Fall zugunsten der gleichmäßigen Auslastung der drei Zentren hinten angestellt wur-
de, ist dieser Entwurf ein wichtiger Schritt, unsere beruflichen Schulen im Rems-Murr-Kreis für die
Zukunft aufzustellen, ihnen auch bei mittelfristig rückläufigen Schülerzahlen gute Entwicklungsmög-
lichkeiten zu eröffnen und den m. E. durchaus wünschenswerten Wettbewerb mit den Privatschulen
bzw. der im beruflichen Schulwesen stark expandierenden Stadt Stuttgart (die ja in den letzten Jah-
ren ganz neue berufliche Schulen aufgemacht und neue Bildungsgänge eingerichtet hat) aufneh-
men zu können.

Dafür gilt allen Beteiligten unser Dank.

Wichtig und richtig ist auch der Vorschlag aus dem Beratungsprozess, künftig einen
SCHULBEIRAT FÜR BERUFLICHE SCHULEN einzurichten, in dem neben den Schulen, Eltern-,
Schüler- und Lehrervertretern auch die Kreistagsfraktionen, die Kammern und die Schuldekanate
Sitz und Stimme haben. U. a. wird die es zu den ersten Aufgaben dieses Schulbeirats gehören, die

Umsetzung dieses Schulentwicklungsplans II zu begleiten bzw. zu evaluieren und 'Nachjustierungen' auf den Weg zu bringen. Er sollte sich auch mit dem Thema 'ausreichende Versorgung unserer Schulen mit Fachlehrern' beschäftigen, ein Thema das uns derzeit größte Sorgen bereitet.

Denn nur wenn wir auf die sich immer schneller ändernden Entwicklungen und Veränderungen rasch und effektiv reagieren, bleiben wir als Landkreis der Motor oder wie ich es vorher ausdrückte, 'die Nr. 1 in Sachen Beruflicher Bildung und Ausbildung im Kreis' - und das muss unser Oberziel sein und bleiben, denn es geht um eine gute Zukunft für unsere jungen Menschen im Rems-Murr-Kreis."

Kreisrat Ostfalk erklärt für die Fraktion der Freien Wähler:

„Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, verehrte Zuhörer,
Der Entwurf des Schulentwicklungsplanplans II 2010 für die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises wurde von der Verwaltung gut vorbereitet und mit vielen wichtigen Informationen versehen. Hierfür danken wir der Verwaltung ausdrücklich.
Unser bisheriges und zukünftiges Schulangebot kann sich sehen lassen!

Unzufrieden sind wir jedoch darüber, dass in den 14 Seiten dieser Drucksache und auch seit der Sitzung des VSKA, zur Vorbereitung der heutigen Entscheidung, keine einzige Zahl bzw. Aussage zu den finanziellen Auswirkungen des neuen Schulentwicklungsplans gemacht wurde. Wenn es nicht mehr kostet ist es völlig in Ordnung, dann haben wir garantiert nichts dagegen.
Sie, sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, hatten auf meine Anfrage im VSKA am 21. Juni 2010 auf meine Anfrage hin zugesagt, dass zur Kreistagssitzung (Entscheidung) Kosten genannt werden.

Ganz besonders positiv ist uns Folgendes aufgefallen:

Zum einen wird das Angebot in unseren Berufsschulen, mit den Berufsfachschulen, Berufskollegs und Beruflichen Gymnasien insgesamt weiter ausgebaut. Auch an die Zusammenarbeit mit den neuen Werkrealschulen wurde gedacht. Des weiteren sollen auch in Zukunft unsere Angebote bedarfsgerecht gestaltet werden.

Vorbildlich ist auch, dass die Verbesserungen bzw. Anpassungen über das gesamte Kreisgebiet einigermaßen gleichmäßig verteilt werden sollen. Die ehemals 'überlasteten' Schulen in Waiblingen

und Schorndorf werden entlastet bzw. optimiert, und der Murr-Bereich mit dem Schulzentrum in Backnang, wird durch weitere interessante Angebote gestärkt.

Mit dem Sozialwissenschaftlichen Gymnasium in Backnang wird ein weiteres zukunftssträchtiges Angebot in unsere Beruflichen Schulen eingerichtet.

Dies könnte auch über die Kreisgrenzen hinaus Anziehungskraft entwickeln. Natürlich nur, wenn unsere Schülerinnen und Schüler aus unserem Kreis, die Klasse nicht schon füllen. Die kommen natürlich zuerst dran, das ist ganz klar.

In Schorndorf könnte das neue 6-jährige Wirtschaftsaufbaugymnasium zu einer weiteren, echten Alternative für eine bestimmte Gruppe von Schülern werden. Schüler, die sich erst später entwickeln, können dort ohne Umweg die Hochschulreife erlangen. In meinem früheren Heimatkreis hat sich eine ähnliche Schule schon über Jahrzehnte bewährt.

Grundsätzlich zu bemerken ist, dass unsere Investitionen in die Bildung unserer Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, eine Investition in unsere Zukunft ist, die sich immer lohnt.

Es sind Steuermittel, die an der richtigen Stelle investiert werden. Die Rahmenbedingungen für gutes Lernen müssen stimmen. Den Rest müssen die Schüler selbst bzw. die Lehrer leisten.

Auch wenn es ein erstklassiger Schulentwicklungsplan ist, der vielen unserer Schülerinnen und Schüler ermöglicht in ihrem Heimatkreis zur Schule zu gehen, sollten wir vor unserer Entscheidung trotzdem wissen, welche Kosten auf uns zu kommen und ob dies für uns derzeit finanziell machbar ist. Richtig erkannt Herr Lenk, es ist unser Ziel für unsere Schülerinnen und Schüler, dass sie hier bei uns zur Schule gehen können,

Sollten Mehrausgaben entstehen, müssten diese ggf. an anderer Stelle im Schulbereich bzw. in anderen Bereichen des Kreishaushaltes, eingespart werden.

Die Freien Wähler stimmen dem Schulentwicklungsplan in der vorgelegten Form zu, vorausgesetzt, er ist über den Kreishaushalt ohne neue Schulden finanzierbar.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrätin Fauth-Rank von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt wie folgt dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Bei der Schulentwicklungsplanung 2010 wurde das Ziel gesetzt, eine ausgewogene Stärkung der Struktur der beruflichen Schulstandorte in Backnang, Waiblingen und Schorndorf bei gleichzeitigem Ausbau der einzelnen Schulprofile zu erreichen. Das hier vorgelegte Ergebnis zeigt, dass die Überlegungen gute Früchte tragen. Unser Dankeschön für die Anstrengungen dafür geht an die Verwaltung, insbesondere dem Schulverwaltungsamt, aber auch an die Verantwortlichen in den Schulen. Insgesamt steht nun den Schülerinnen und Schülern im Rems-Murr-Kreis ein breites Spektrum an Berufsfeldern und Bildungsgängen zur Verfügung, das den Bedarf an Schulplätzen weitgehend abdecken kann. Wir sagen weitgehend, denn der Bedarf konnte im letzten Schuljahr nicht ganz befriedigt werden und nach aktuellen Zahlen wird das aller Voraussicht nach auch in diesem Schuljahr nicht ganz gelingen. Nach aktuellen Zeitungsberichten stehen Schulplätze an den beruflichen Schulen auch in den Nachbarkreisen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Diese Situation ist vor allem für die Schülerinnen und Schüler mit mittlerer Reife unbefriedigend. Unbestritten ist der bildungspolitische Anspruch aller Parteien, dass mehr junge Menschen als bisher die Studierfähigkeit erreichen sollen. Es wird immer wieder propagiert, das dreigliedrige Schulsystem sei durchlässig und das Abitur, die fachgebundene Hochschulreife oder die Fachhochschulreife ist nicht nur an allgemeinbildenden Gymnasien, sondern auch auf beruflichen Bildungswegen zu erreichen. Auf dieser Grundlage planen immer mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Mittlerer Reife ihre weitere schulische Karriere. Außerdem ist zu erwarten, dass die Zahl der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Mittlerer Reife durch die neue Werkrealschule noch zunehmen wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte allen Schülerinnen und Schülern, die die Voraussetzungen für den Besuch eines beruflichen Gymnasiums oder eines Berufskollegs erfüllen, die Möglichkeit eröffnen, einen gymnasialen Abschluss im Rems-Murr-Kreis zu machen. Deshalb ist auch im Rems-Murr-Kreis für eine Realisierung des bildungspolitischen Grundsatzes 'Kein Abschluss ohne Anschluss' zu sorgen. Insbesondere das geplante sechsjährige Wirtschaftsaufbaugymnasium in Schorndorf, das den Quereinstieg zum Abitur für Schülerinnen und Schüler von Real- und Werkrealschule ermöglichen würde, sollte unter diesem Aspekt massiv weiter verfolgt werden.

Das sozialwissenschaftliche Gymnasium, das im nächsten Schuljahr in Backnang eingeführt wird, ist ein großer Gewinn für den Rems-Murr-Kreis und hat mit 124 Bewerbungen eine sehr gute Resonanz entwickelt. Hier zeichnet sich jedoch bereits ab, dass zusätzliche Schulplätze angeboten wer-

den müssten, um den Bedarf zu befriedigen. Dem sollte im nächsten Schuljahr Rechnung getragen werden.

Immer wieder haben wir in den letzten Jahren von Schülerinnen und Schülern gehört, die vor allem an den Berufskollegs keinen Schulplatz im Rems-Murr-Kreis bekommen haben. Sicherlich gibt es viele private Anbieter im Bildungssektor, jedoch sind nicht alle Eltern in der Lage dafür Schulgeld zu bezahlen. Deshalb hat unsere Fraktion im Vorfeld an die Verwaltung die Bitte gerichtet den Kreistag über die aktuelle Bewerberlage an den drei beruflichen Schulen zu informieren. Daraus ergibt sich, dass ca. 90 Schülerinnen und Schüler, die sich für das neu eingeführte sozialwissenschaftliche Gymnasium angemeldet haben, auf andere gymnasiale Fachrichtungen, die nicht den Wünschen und Neigungen entsprechen, ausweichen müssen. Im letzten Jahr hatten zu Schuljahresbeginn ca. 80 Bewerberinnen und Bewerber keinen Schulplatz an den beruflichen Schulen im Rems-Murr-Kreis bekommen, in diesem Jahr sind es bisher 51 Bewerberinnen und Bewerber. Zusätzlicher Bedarf besteht nach den Anmeldezahlen für das nächste Schuljahr vor allem im Berufskolleg in Schorndorf.

Ab dem nächsten Schuljahr wird an 19 Schulen das Angebot der neuen Werkrealschule in den Klassenstufen 5-8 eingeführt. Im Zuge dessen ist ab dem Schuljahr 2012/2013 eine enge Kooperation mit den Klassenstufen 10 der neuen Werkrealschule und den zweijährigen Berufsfachschulen im Rems-Murr-Kreis geplant. 9 Profile, auf alle drei Standorte verteilt, stehen bereits zur Verfügung, das Angebot ist erfreulich und soll durch drei weitere Profile ergänzt werden.

Die Gründung eines Schulbeirats für die beruflichen Schulzentren halten wir für eine sinnvolle Einrichtung. Dadurch kann ein verlässliches Forum für den regelmäßigen Austausch z. B. über die Entwicklung der Schülerzahlen oder über den Raum- und Lehrmittelbedarf geschaffen werden. Dabei gilt es zu überlegen, ob der Schulbeirat im Herbst im Rahmen der Haushaltsberatungen und zusätzlich im Frühjahr nach den Anmeldungen für das nächste Schuljahr tagen soll, um das schulische Angebot rechtzeitig dem Bedarf anpassen zu können.

Zunehmend wichtiger wird es den Austausch in der Region Stuttgart zum Thema kreisübergreifende Angebote von Berufsfeldern und Schularten auf den Weg zu bringen. Denn Standortentscheidungen sollten nicht zufällig getroffen werden, durch Abstimmungsgespräche kann eine gezielte Lenkung der Schülerströme erreicht werden.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stimmt der Beschlussvorlage zum Schulentwicklungsplan 2010 zu und bittet darum unsere Anregungen bei der jährlich notwendigen Aktualisierung der Planung aufzugreifen.“

Landrat Fuchs nimmt Stellung zu den Redebeiträgen der Fraktionen. Hinsichtlich der Konkurrenzsituation zu den Angeboten der Beruflichen Schulen der Stadt Stuttgart, sei es nach seiner Auffassung wichtiger, in einen nachbarschaftlichen Dialog einzutreten. Dies sei auch der Grund für den Vorschlag, innerhalb der Region Gespräche zu führen. Derzeit würden regelmäßig mit neuen Angeboten Schüler, z. B. von privaten Schulen aus Stuttgart, abgeworben. Deshalb sei man auch an das Regierungspräsidium herantreten, um Informationen darüber auszutauschen, welche Pläne jeweils bestehen würden. Er betont, dass für die neuen Angebote, keine Investitionen in die Infrastruktur erforderlich würden. Die entsprechenden Kapazitäten und Räume würden zur Verfügung stehen. Im übrigen erhalte man einen Schullastenbeitrag, aus dem die neuen Angebote mitfinanziert würden. Es gebe jedoch auch Angebote wie das Sozialwissenschaftliche Gymnasium in Backnang, für das eine gewisse Ausstattungsergänzung benötigt werde, was im Rahmen des laufenden Etats untergebracht werden müsse. Die Verwaltung werde sehr kritisch mit den Schulen ermitteln, was jeweils an Mittel und Ausstattung erforderlich sei. Investitionen, die zu einer zusätzlichen Verschuldung führen würden, seien nicht enthalten. Die verbesserten Angebote würden auch zu einer optimierten Ressourcennutzung beitragen. Die Bereitstellung von Plätzen an den Beruflichen Gymnasien für die Abgänger aus Realschulen und den künftigen Werkrealschulen, werde kritisch beobachtet. Momentan sei dies noch sehr vage und noch nicht abschließend belastbar, da viele Schüler auch Mehrfachanmeldungen vornehmen und dann einen anderen Bildungsweg wählen würden. Der künftige Schulbeirat sei das beratende Gremium, der seine Empfehlungen und Ideen für die Beratungen des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses, auch im Zusammenhang mit dem Haushalt einbringe.

Oberstudiendirektor Kluge, Geschäftsführender Schulleiter der Beruflichen Schulen, berichtet ergänzend, dass es bei den Beruflichen Gymnasien gegenüber den Vorjahr, eine Klasse mit 30 zusätzlichen Plätzen gibt. Man habe jedoch zurückgehende Schülerzahlen aus der Realschule, so dass rechnerisch kein Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahr bestehen könne. Vereinzelt seien Nachfrageüberhänge, insbesondere beim Sozialwissenschaftlichen Gymnasium (SG), zu verzeichnen. Dort gebe es im Rems-Murr-Kreis nur einen Klassenzug, so dass das Verhältnis der Schultypen nicht mehr stimme und mehr Bewerber vorhanden seien. Dies müsse sich in den kommenden Jahren ausgleichen, so dass z.B. zusätzliche Plätze im SG angeboten würden und in anderen Bereichen weniger. Dies hat für das kommende Schuljahr zur Folge, dass der Schnitt für das SG höher

liege, als bei anderen Schultypen. Insgesamt müsste jedoch für jeden Realschüler der die Voraussetzungen erfülle, die Möglichkeit gegeben sein, auf ein Berufliches Gymnasium zu wechseln. Bei den Berufskollegs sei die Situation wesentlich differenzierter. Dort gebe es momentan noch eine große Zahl von Überhängen, die auf der Warteliste geführt würden. Allerdings hätten die Vorjahre gezeigt, dass hier eine Prognose sehr schwierig sei, da zu Beginn des Schuljahres viele Schüler den Schulplatz nicht antreten würden und auch die Nachrücker bereits woanders untergekommen seien. Außerdem stehe man hier in Konkurrenz zur Industrie, wo ebenfalls Nachrücker zum Zuge kommen würden.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig den modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung:

- 1) Der Schulentwicklungsplan II für die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises wird festgestellt und zur Grundlage des weiteren Ausbaus von Bildungsangeboten erklärt.
- 2) An der Anna-Haag-Schule in Backnang wird zum Schuljahr 2010/11 ein Berufliches Gymnasium der sozialwissenschaftlichen Richtung eingerichtet.
- 3) An der Kaufmännischen Schule in Waiblingen wird zum Schuljahr 2010/11 ein Kaufmännisches Berufskolleg II eingerichtet.
- 4) An der Gewerblichen Schule in Waiblingen wird zum Schuljahr 2010/11 ein Technisches Berufskolleg II eingerichtet. Die entsprechende Klasse wird jeweils erst dann beschult, wenn die Plätze an der Grafenbergschule in Schorndorf belegt sind.
- 5) An der Maria-Merian-Schule in Waiblingen wird zum Schuljahr 2010/11 die einjährige Berufsfachschule für Sozialpflege in eine zweijährige Berufsfachschule für Sozialpflege umgewandelt.
- 6) An der Kaufmännischen Schule in Waiblingen werden die Fachklassen für Industriekaufleute aufgehoben. Die derzeit bestehenden Fachklassen werden an der Schule zu Ende geführt. Fellbach, ~~Kernen~~, Waiblingen und Korb werden für die künftigen Fachklassen dem Schulbezirk der Eduard-Breuninger-Schule Backnang, Weinstadt und Kernen dem Schulbezirk der Johann-Philipp-Palm Schule Schorndorf zugeordnet.

- 7) An der Johann-Philipp-Palm-Schule wird zum Schuljahr 2010/11 eine Fachklasse für Lagerlogistik (Fachkraft für Lagerlogistik bzw. Fachlagerist) eingerichtet.
- 8) An der Gewerblichen Schule in Backnang werden die Fachklassen der zweijährigen Ausbildung zum Industrieelektriker um die Fachrichtung Betriebstechnik erweitert.
- 9) An der Grafenbergschule in Schorndorf wird baldmöglichst ein duales Berufskolleg für Gesundheitsberufe eingerichtet.
- 10) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, trotz der derzeit ablehnenden Haltung der Kultusbehörden zur sinnvollen Abrundung des Bildungsangebotes seiner Beruflichen Schulen sich weiterhin für die Einrichtung folgender Schularten einzusetzen:
 - a) Berufliches Gymnasium der 6-jährigen Aufbauform wirtschaftswissenschaftlicher Richtung an der Johann-Philipp-Palm Schule in Schorndorf
 - b) Einjähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife der hauswirtschaftlichen Richtung an der Maria-Merian-Schule in Waiblingen
- 11) Zur Abrundung des Angebots für die Werkrealschüler und zur gleichmäßigen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten wird die Kreisverwaltung beauftragt sich bei den Kultusbehörden weiterhin für die Einrichtung folgender Berufsfachschulen einzusetzen:
 - a) Zweijährige Berufsfachschule für Körperpflege an der Gewerblichen Schule in Waiblingen
 - b) Zweijährige Berufsfachschule für Farbtechnik und Raumgestaltung an der Gewerblichen Schule in Backnang
 - c) Zweijährige Berufsfachschule für Bautechnik an der Grafenbergschule in Schorndorf

Falls die Kultusbehörden den entsprechenden Einrichtungen zustimmen, gelten diese hiermit als vom Kreistag genehmigt.

- 12) Zur besseren Vernetzung und Koordination wird ein Schulbeirat für die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises in folgender Zusammensetzung eingerichtet:
- Jeweils ein Vertreter der Kreistagsfraktionen
 - Die Schulleiter der Beruflichen Schulen
 - Vorsitzender und Stellvertreter des Gesamtelternbeirats der Beruflichen Schulen
 - 2 Schülervertreter
 - 2 Lehrervertreter
 - Schuldekane der Beruflichen Schulen beider Konfessionen
 - 2 Vertreter der Kammern
- 13) Das Regierungspräsidium wird gebeten, künftig regelmäßig regionale Abstimmungsgespräche für die Schulentwicklung in der Region Stuttgart durchzuführen.

Auszüge:

3 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 2

Einrichtung einer Photovoltaikanlage auf der Deponie Kaisersbach-Lichte; Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts

(Drucksache 57/2010-UVA05.07.2010)

Landrat Fuchs verweist auf die bereits zur Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 05.07.2010 übersandte Drucksache.

Erster Landesbeamter Friedrich führt insbesondere aus, Der Aufsichtsrat der AWG habe die Geschäftsleitung Ende März 2010 beauftragt, die Möglichkeiten einer großflächigen Fotovoltaikanlage auf der Deponie Kaisersbach „Lichte“ zu prüfen. Das sei dort möglich, weil die Hauptsetzungen bereits abgeklungen seien und die vollständige Oberflächenabdichtung in nächster Zeit errichtet werde. Die Deponiefläche biete damit die grundlegende Voraussetzung für die Errichtung einer Fotovoltaikanlage.

Möglich sei eine Anlage auf einer Fläche von bis zu 15.000 qm und einer Leistung von bis zu 640 kW peak. Das Investitionsvolumen würde etwa 1,5 Mio Euro betragen. Einige Punkte bedürften noch der genaueren Untersuchung und Klärung. Dazu gehören die notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, die Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage – hier sei eine Ausschreibung und eine Bestätigung durch das planende Büro oder einen Dritten vorgesehen – der Abschluss eines Pachtvertrages mit der Gemeinde Kaisersbach als Grundstückseigentümer für die Dauer von mindestens 20 Jahren.

Der Beschlussvorschlag sehe vor, die AWG, die bereits entsprechende Vorarbeiten getätigt habe, mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Anlage wirtschaftlich errichtet und betrieben werden könne. Die derzeit prognostizierte Rendite liege bei etwa 1,3 Prozent nach Steuern. Außerdem habe die Vorprüfung ergeben, dass die AWG zum Betrieb größerer Fotovoltaikanlagen und als Energieproduzent derzeit nicht die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen mitbringe. Geändert werden müssten u. a. der Gesellschaftsvertrag der AWG und das Abfallwirtschaftskonzept. Die AWG erbringe heute ganz überwiegend abfallwirtschaftliche Dienstleistungen für den Rems-Murr-Kreis als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Im Falle der Realisierung durch die AWG wäre es deshalb auch notwendig, innerbetrieblich und finanztechnisch ein solches privatwirtschaftliches Engagement von den öffentlichen Dienstleistungen zu trennen.

Es gebe deshalb Überlegungen, Investition und Betrieb einer solchen Anlage bei der Rems-Murr-

Immobilien GmbH anzusiedeln. Auch dieser Punkt solle genauer geprüft werden.

Um die Anlage möglichst schnell auch tatsächlich realisieren zu können, werde vorgeschlagen, dass die Ergebnisse der Prüfung durch die AWG dem Umwelt- und Verkehrsausschuss bis spätestens Ende September 2010 vorgelegt werden. Der Kreistag werde gebeten, den Umwelt- und Verkehrsausschuss zu ermächtigen, über die weiter notwendigen Schritte zur Umsetzung dann abschließend zu entscheiden. Hintergrund ist, dass die Solarförderung nach und nach zurückgefahren werde. Die entscheidenden Beratungen im Bundestag und Bundesrat seien in der vergangenen Woche fortgesetzt worden. Es sei deshalb sinnvoll, dass eine Fotovoltaikanlage – wenn sie wirtschaftlich realisiert werden solle – möglichst in diesem Jahr oder spätestens im Jahr 2011 in Betrieb gehe.

Kreisrat Geiger begrüßt das Vorhaben. Er äußert sein Bedauern darüber, dass die Diskussion um die Solarförderung beim Bund den Interessierten die Planungssicherheit nehme, weil die Wirtschaftlichkeit derartiger Anlagen für die Zukunft nicht mehr gesichert sei. Er bitte darum, dass die Verwaltung sich in deutlichen Worten an das Bundesumweltministerium wende, um die Motivation, solche Anlagen aufzustellen, erhalten bleibe.

Kreisrat Hug erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Vorhaben. Er wolle bei dieser Gelegenheit erneut an den Antrag der CDU-Fraktion erinnern, eine solche Anlage zu gegebener Zeit auch auf der Deponie in Winnenden einzurichten, wenn die Voraussetzungen dort vorliegen.

Kreisrat Sczuka erklärt, der Kreis sei als Eigentümer mehrerer großflächiger Grundstücke in der Lage, weitere sinnvolle Projekte dieser Art in der Zukunft anzustoßen. Dies möge in die jetzt anstehenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen mit einfließen.

Kreisrat Halder lobt die Verwaltung für das Projekt. Er schließt sich den Äußerungen von Kreisrat Geiger zur Verlässlichkeit der Bundespolitik bei der Solarförderung an. Allerdings gehe es bei der Einrichtung solcher Anlagen erst in zweiter Linie um die Wirtschaftlichkeit. Vorrangig seien ökologische Aspekte, indem von der Atomtechnologie Abstand genommen werde. Er unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung einer entsprechenden Anlage auf der Deponie in Winnenden.

Kreisrat Dr. Barth begrüßt die Bemühungen der Verwaltung und den breiten Konsens im Kreistag zur Einrichtung von Anlagen, mit denen sich erneuerbare Energien gewinnen ließen. Er hoffe, dass bald geklärt sei, bei welcher Kreistochter die wirtschaftliche Tätigkeit nun angesiedelt werde. Viel

Zeit hierzu bleibe nicht. Ärgerlich dabei sei das Chaos und die Verunsicherung, die momentan von der Bundesregierung angerichtet würden. Er anerkenne, dass das Vorgehen der Kreisverwaltung in dieser unsicheren Zeit das einzig mögliche Verhalten sei.

Landrat Fuchs dankt für die Unterstützung des Kreistags zum vorgeschlagenen Verfahrensweg. Vor wenigen Tagen habe der Bundesrat der modifizierten zukünftigen Förderung von Solartechnologie zugestimmt. Bei der Nutzung des Deponiegeländes, also einer Konversionsfläche, müsse der Landkreis mit einer Reduktion der Förderung zum 01.07.2010 und dann zum 01.10.2010 von 11 % rechnen. Insofern reduziere sich die Wirtschaftlichkeit der Anlage.

Nach Abschluss der Setzungen und der Oberflächenabdichtung auf der Deponie in Winnenden habe die Verwaltung bereits vorgesehen, die Frage einer Photovoltaikanlage zu prüfen. So sei auch bei der Deponie in Backnang-Maubach verfahren worden. Allerdings gebe es deutliche Signale der Genehmigungsbehörde, dass eine derartige Anlage dort nicht bewilligt werden könne. Dort wo der Kreis Ressourcen habe, werde versucht, die Solarenergieerzeugung weiter voranzutreiben.

Unter wessen Regie das Projekt dann durchgeführt werde – AWG oder RMIM – werde entschieden, wenn die Frage der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit geprüft sei. Die Verwaltung sei hier in der Umsetzung flexibel und werde den Vorschlag unterbreiten, der unter steuerrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten als der sinnvollste erscheine.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Kreistag beauftragt die Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises GmbH (AWG), den Bau und Betrieb einer großflächigen Fotovoltaikanlage auf der Deponie Kaisersbach-Lichte insbesondere unter Berücksichtigung folgender Einzelaspekte zu prüfen:
 - (a) Klärung aller notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen,
 - (b) Sicherstellung eines auf Dauer wirtschaftlichen Betriebs der Anlage mit einer Bestätigung durch das planende Büro oder eines anderen geeigneten Dritten,
 - (c) Abschluss eines Pachtvertrags mit der Gemeinde Kaisersbach als Grundstückseigentümer für die Dauer von mindestens 20 Jahren.
2. Der Bau und der Betrieb einer großflächigen Fotovoltaikanlage in Kai-

- sersbach-Lichte soll gegebenenfalls durch eine Gesellschaft des Landkreises erfolgen.
3. Die Ergebnisse der Prüfung der AWG sollen dem Umwelt- und Verkehrsausschuss bis spätestens Ende September 2010 vorgelegt werden. Der Kreistag ermächtigt den Umwelt- und Verkehrsausschuss, über die weiter notwendigen Schritte zur Umsetzung abschließend zu entscheiden.

Auszüge:

1 Dezernat 4
2 GB Abfallwirtschaft
1 AWG
1 RMIM

§ 3

Aktueller Bericht über die Wirtschaftlichkeitsprognose für den Krankenhausneubau in Winnenden sowie Fortentwicklung Rems-Murr-Klinik Schorndorf
(Drucksache 58/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Frau Bayer, Kanzlei Rödl und Partner, gibt einen Zwischenbericht zur aktualisierten Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Klinikneubau und die Fortentwicklung der Rems-Murr-Klinik Schorndorf ab. Die zugehörige Präsentation (Drucksache 58/2010) ist dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt. Frau Bayer stellt nochmals die Rahmendaten der Neubaufinanzierung vor und weist darauf hin, dass man im Jahr 2008 von einem Kreditvolumen in Höhe von 167,5 Mio. EUR ausgegangen sei. Dabei sei ein annuitätisches Darlehen über eine Laufzeit von 20 Jahren, ein Tilgungsende im Jahr 2033 und ein Zinssatz von 4,88 % zu Grunde gelegt worden. Als Ergebnis habe sich ein Nettokapitalwert in Höhe von 81,1 Mio. EUR ergeben. Frau Bayer erläutert die wesentlichen Veränderungen der Wirtschaftlichkeitsberechnung seit 2008 und die aktuelle Zusammensetzung der Finanzierung des Klinikneubaus sowie die Entwicklung des Cash-Flows. Insgesamt gehe man heute von einem Gesamtfinanzierungsvolumen für den Neubau in Höhe von 161 Mio. EUR aus. Neben den drei dargestellten Darlehen, seien 8,1 Mio. EUR für die Übernahme der Neurologie des Zentrums für Psychiatrie eingerechnet. Dabei sei ein Zinssatz in Höhe von 5,42 % und eine annuitätische Tilgung mit 15 Jahren unterstellt worden. Ferner sei noch Darlehen in Höhe von 5,2 Mio. EUR berücksichtigt für die Investitionen zur Weiterentwicklung des Standortes Schorndorf mit einem Zinssatz von 5,22 % und einer Tilgungsdauer über 20 Jahre. Zusammengefasst könnten bis zum Jahr 2033 die Darlehen für den Neubau, für die Grundstücke, für die Baupreissteigerungen und für die Übernahme der Neurologie vollständig getilgt sein. Von 2014 bis 2033 gehe man insgesamt noch von einem Zuschussbedarf in Höhe von 9,7 Mio. EUR aus, was eine deutliche Verbesserung darstelle. Dies bedeute, dass davon auszugehen sei, dass nach einer Anlaufphase des Neubaus noch Defizite geschrieben würden, danach jedoch positive Jahresergebnisse erzielt werden könnten. Der Nettokapitalwert als Ergebnis der Planungsrechnung für den Zeitraum von 2007 bis 2033 betrage nach der aktuellen Prognose –63,9 Mio. EUR und sei etwas geringer, als dies im November 2008 angenommen worden sei. Insgesamt seien die Kliniken nach wie vor auf einem guten Weg, nach Umzug in den Neubau, positive Jahresergebnisse erzielen zu können.

Kreisrat Gruber erinnert daran, dass es in den meisten Fraktionen unterschiedliche Meinungen hinsichtlich der Belastbarkeit der Wirtschaftlichkeitsprognose der Verwaltung gegeben habe. So seien

hohe Ertragswerte durch Annahme von sehr optimistischen Fallpauschalen (CMI) angenommen worden. Daher habe auch die SPD-Fraktion darauf bestanden, die dem Kreistag halbjährlich vorzulegenden Kosten- und Finanzierungsprognosen, anhand von Kriterien wie dem Personalstand der Rems-Murr-Kliniken, dem aktuellen Case-Mix-Index und der Fortschreibung des Nettokapitalbarwerts nachvollziehbar zu machen. Der Zuschussbedarf in Höhe von 81,1 Mio. EUR, sei erfreulicherweise kalkulatorisch auf 63,9 Mio. EUR abgesunken, auch wenn im Neubauprojekt noch ein Zuschussbedarf in Höhe von 58 Mio. EUR prognostiziert worden sei. Außerdem seien in der Ergebnisprognose noch immer Einnahmen in Höhe von 16 Mio. EUR für die bestehenden Krankenhäuser Backnang und Waiblingen enthalten, was jedoch auch schon angezweifelt worden sei. Er bitte um Auskunft, ob für diese Hochrechnung noch immer die hohen CMI-Werte von 1,1 für Winnenden und Schorndorf aus dem Jahr 2017 angenommen würden. Ferner wolle er wissen, ob es beim Personal bei der geplanten Streichung von 76 Stellen bleibe, auch wenn der CMI-Wert von 1,1 nicht erreicht werde.

Kreisrat Fazio verweist darauf, dass sich der Zinssatz in den beiden letzten Jahren sich nach unten bewegt habe, so dass nach seiner Auffassung, bei einem so hohen Betrag zu teuer finanziert werde.

Kreisrätin Dr. Ulfert fragt, ob bereits Auswirkungen der Gesundheitsreform 2010 auf die Kliniken mit eingeflossen seien. Die Prognosen seien nur so belastbar, wie die Rahmenbedingungen dies zulassen würden. Dies müsse beachtet werden, wenn über Verbesserungen gesprochen werde.

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken antwortet, die 16,8 Mio. EUR für die Nachnutzung seien Bestandteil der Finanzierung des Gesamtprojekts. Derzeit würden, ausgenommen Bauzeitinsen, 125 Mio. EUR finanziert. Aus momentaner Sicht seien noch Preissteigerungen in Höhe von 19,4 Mio. EUR eingerechnet, wobei offen sei, ob diese tatsächlich zum Tragen kommen würden. Der Case-Mix-Index sei weiterhin mit 1,1 für das Jahr 2017 prognostiziert. Ob es eine Veränderung gegenüber den geplanten 76 Stellen gebe, werde derzeit nochmals präzisiert, wobei dies von der Leistungsmenge aus Fallzahl und dem Schweregrad abhängig. Falls es hier Abweichungen gebe, werde sich dies auch beim Personal zeigen. Hinsichtlich der Finanzierung bitte er zu beachten, dass ein Abschluss unterhalb des kalkulatorischen Zinssatzes, das Ergebnis verbessere. Das Ergebnis 2009 und die Hochrechnung für das 1. Quartal 2010 seien berücksichtigt. Noch nicht berücksichtigt sei die Tarifeinigung bei den Ärzten gewesen, die deutlich höher liege als in der Kalkulation veranschlagt. Momentan sei für das Jahr 2010 ein Gesamtdefizit, unter Berücksichtigung der Beteiligung des Kreises, von 7,5 Mio. EUR veranschlagt. Er habe noch keine Kenntnis, wie sich die

Gesundheitsreform auswirken werde.

Landrat Fuchs bekräftigt, dass die aktuellen Berechnungen Veränderungen unterworfen sein könnten, falls Einsparungen vorgenommen würden, die auch das stationäre Gesundheitswesen tangieren. Der Tarifabschluss mit dem Marburger Bund koste 700.000 EUR mehr, was nun im laufenden Budget untergebracht werden müsse.

Der Kreistag nimmt den Zwischenbericht, hier: Aktualisierung Wirtschaftlichkeitsberechnung Klinikneubau & Fortentwicklung Schorndorf, zur Kenntnis.

Auszüge:

2 Rems-Murr-Kliniken

§ 4

Beitritt der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur QuMiK – Qualität und Management im Krankenhaus
(Drucksache 41/2010-VSKA21.06.2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Beteiligung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH an der QuMiK Qualität und Management im Krankenhaus GmbH und dem Erwerb eines Gesellschaftsanteils in Höhe von 5.000 € wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken
1 Dezernat 2

§ 5

Änderungen in der Besetzung der Gremien

a) Jugendhilfeausschuss

b) Aufsichtsrat der Rems-Murr-Kliniken gGmbH

c) Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH

d) Verwaltungsrat der Kreissparkasse Waiblingen

(Drucksache 49/2010-VSKA21.06.2010, Drucksache 59/2010 und 59/2010a)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag en bloc einstimmig im Wege der Einigung:

1. Frau Martina Ferro, Kath. Jugendreferat, BDKJ-Dekanatstelle Rems-Murr wird als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
2. Frau Dr. Sabine Basseng ist durch die Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH in den Aufsichtsrat zu bestellen.
3. Kreisrat Peter Treiber wird in den Aufsichtsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises entsandt.
4. Kreisrätin Brunhilde Meßmer wird in den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Waiblingen als stellvertretendes Mitglied bestellt.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

1 AWG

2 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 6

Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlungen der

a) Rems-Murr-Kliniken gGmbH

(Drucksache 44/2010-VSKA21.06.2010 und Drucksache 60/2010)

b) Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH

- Rems-Murr-Kreis Immobilien-Management GmbH

- Rems-Murr-Gesundheitsgesellschaft GmbH & Co. KG

(Drucksache 45/2010-VSKA21.06.2010 und Drucksache 61/2010)

c) Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH

(Drucksache 56/2010-UVA05.07.2010 und Drucksache 62/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag en bloc den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

- a) Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung am 12.07.2010 wie in DS 60/2010 dargestellt abzustimmen.
- b) Weisung an den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH am 15.07.2010 und RMG, Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KG, entsprechend der in den Zusammenfassungen in Drucksache 61/2010 dargestellten Absicht abzustimmen.
- c) Weisung an den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH, Waiblingen, entsprechend der in der Zusammenfassung in Drucksache 62/2010 dargestellten Absicht abzustimmen.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken
3 Kreisbaugesellschaft
1 AWG



§ 7

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgen keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert